

- INHALTSÜBERSICHT -

Abkürzungsverzeichnis	A-F
------------------------------------	------------

Teil 1: Einleitung	1
Teil 2: Grundlagen der Diskussion über die Steuerumgehung	5
Teil 3: Verhinderung der Steuerumgehung durch die umgangene Norm als solche	62
Teil 4: Verhinderung der Steuerumgehung durch gesetzliche Sonderregelungen	200
Teil 5: Schluß	248

Literaturverzeichnis	i-xlii
-----------------------------------	---------------

Entscheidungsregister	a-k
------------------------------------	------------

- INHALTSVERZEICHNIS -

Abkürzungsverzeichnis	A-F
------------------------------------	------------

TEIL 1: Einleitung	1
---------------------------------	----------

A. DIE STEUERUMGEHUNG ALS ZUNEHMENDES PHÄNOMEN	1
---	----------

B. UNTERSCHIEDLICHKEIT DER VERHINDERUNGSMETHODEN DER STEUERUMGEHUNG	2
--	----------

C. ZIEL DER ARBEIT	4
---------------------------------	----------

TEIL 2: Grundlagen der Diskussion über die Steuerumgehung	5
--	----------

A. WESEN UND BEGRIFF DER STEUERUMGEHUNG.....	5
---	----------

<i>I. Vorbemerkungen.....</i>	<i>5</i>
--------------------------------------	-----------------

<i>II. Gesetzesumgehung als Oberbegriff der Steuerumgehung</i>	<i>5</i>
---	-----------------

1. Allgemeine Darstellung der Gesetzesumgehung (in fraudem legis agere)	6
--	----------

2. Geschichte der Lehre von der Gesetzesumgehung	10
---	-----------

3. Gegenwärtiger Stand der Lehre von der Gesetzesumgehung	14
--	-----------

4. Gesetzliche Regelungen der Gesetzesumgehung.....	18
--	-----------

<i>III. Steuerumgehung als Gesetzesumgehung im Steuerrecht.....</i>	<i>19</i>
--	------------------

1. Generelle Anerkennung der Steuerumgehung als Gesetzesumgehung im Steuerrecht.....	19
2. Merkmale der Steuerumgehung.....	22
1) Eine Norm, deren Rechtsfolge nicht an eine bestimmte Gestaltungsform, sondern an einen (tatsächlichen) wirtschaftlichen Erfolg anknüpft.....	23
2) Außersteuerrechtliche Wirksamkeit der Handlung.....	25
3) Ausnutzung der Diskrepanz zwischen Wortlaut und Sinn und Zweck der umgangenen Norm	27
4) Umgehungsabsicht (?).....	29
3. Zwei Fallgruppen der Steuerumgehung: Tatbestandsvermeidung und Tatbestandserschleichung	30
IV. Zusammenfassung.....	34
B. RECHTSMIßBRAUCH UND GESETZESUMGEHUNG.....	37
I. Vorbemerkungen.....	37
II. Begriff des Rechtsmißbrauchs und die rechtsdogmatische Bedeutung der Verhinderung des Rechtsmißbrauchs.....	38
III. Umgehungsnorm als die einschlägige Norm des Rechtsmißbrauchs	40
IV. Verhältnis der Gesetzesumgehung zum Institutionenmißbrauchs.....	41
V. Stellungnahme.....	43
α) Ein und dieselbe Frage nach der Rechtsanwendung bei der Umgestaltung.....	43
(β) Gesetzesumgehung als ein Problem der richtigen Rechtsanwendung der umgangenen Norm	44
(γ) Bei der Gesetzesumgehung in Form der Tatbestandserschleichung.....	44
C. ABGRENZUNG DER STEUERUMGEHUNG VON DER STEUERVERMEIDUNG UND DER STEUERHINTERZIEHUNG.....	45

I.	<i>Vorbemerkungen.....</i>	45
II.	<i>Abgrenzung der Steuerumgehung von der Steuervermeidung</i>	46
III.	<i>Abgrenzung der Steuerumgehung von der Steuerhinterziehung.....</i>	47
IV.	<i>Zusammenfassung.....</i>	50
D.	NICHTANERKENNUNG DER GESTALTUNGSFREIHEIT DES STEUERPFLICHTIGEN BEI DER STEUERUMGEHUNG	51
I.	<i>Vorbemerkungen.....</i>	51
II.	<i>Gestaltungsfreiheit im allgemeinen.....</i>	52
1.	Verfassungsrechtliche Grundlage der allgemeinen Gestaltungsfreiheit.....	52
2.	Einfachgesetzliche Grundlage der Gestaltungsfreiheit	53
III.	<i>Nichtanerkennung der Gestaltungsfreiheit des Steuerpflichtigen bei der Steuerumgehung.....</i>	54
1.	Formelle Begründung der Nichtanerkennung der Gestaltungsfreiheit bei der Steuerumgehung.....	55
2.	Materielle Begründung der Nichtanerkennung der Gestaltungsfreiheit bei der Steuerumgehung.....	56
1)	Gleichbehandlung des Umgehers mit dem ehrlichen Steuerpflichtigen	56
2)	Sinn- bzw. zweckmäßige Rechtsanwendung.....	57
3.	Bedeutung der Nichtanerkennung der Gestaltungsfreiheit bei der Steuerumgehung	58
IV.	<i>Zusammenfassung.....</i>	59

TEIL 3: Verhinderung der Steuerumgehung durch die umgangene Norm als solche.....	62
A. VORBEMERKUNGEN	62
B. VERHINDERUNG DER STEUERUMGEHUNG DURCH DIE "NORMALE" ANWENDUNG DER UMGANGENEN NORM	63
I. Allgemeines.....	63
1. Verschiedenheit der Rechtsanwendungsmethode.....	63
2. Darstellung der Rechtsanwendungsvorgänge: Obersatz und Untersatz und untrennbare Zusammenhänge der beiden Sätze	65
3. Nicht nur Erkenntnisakt, sondern immer zugleich ein Willensakt	66
4. Außersteuerrechtlich vorgeprägte Begriffe bzw. Institute bei der Anwendung des Steuerrechts	68
1) Tatsächliche Beziehungen zwischen dem Steuerrecht und anderen Rechtsgebieten.....	69
2) Zwei Methoden zur Anknüpfung der Steuertatbestände an die zivilrechtlichen Begriffe bzw. Institute.....	70
3) Auslegung und Beurteilung der zivilrechtlich vorgeprägten Begriffe bzw. Institute	71
a) Ansichten in der Literatur.....	71
b) Rechtsprechung.....	74
(a) Bundesfinanzhof.....	74
(b) Bundesverfassungsgericht.....	77
c) Stellungnahme	79
(a) Eine Frage nach der „steuerrechtlichen“ Rechtsanwendung	79
(ß) Grenzen der Abweichung	81
(χ) Kein Verstoß gegen die Einheit der Rechtsordnung und die Rechtssicherheit bzw. – klarheit.....	82
II. Gesetzesauslegung.....	84
1. Ziel der Gesetzesauslegung	84

1) Die subjektive und die objektive Auslegungstheorie.....	84
2) Berücksichtigung sowohl der subjektiven Seite als auch der objektiven Seite.....	87
 2. Methoden (Kriterien) der Gesetzesauslegung.....	 90
1) Herkömmliche Methoden der Gesetzesauslegung.....	90
a) Übersicht.....	90
b) Wörtliche Auslegungsmethode.....	91
c) Systematische Auslegungsmethode.....	95
d) Historische Auslegungsmethode.....	97
e) Objektiv-teleologische Auslegungsmethode.....	99
(a) Objektiv-teleologische Auslegungsmethode im allgemeinen	99
(b) Meinungsstreit über die Anwendbarkeit der objektiv-teleologischen Auslegungsmethode im Steuerrecht	102
(c) Stellungnahme	104
2) Abgeleitete Methoden.....	107
a) Verfassungskonforme Auslegung	107
b) Wirtschaftliche Betrachtungsweise (Auslegung).....	110
(a) Allgemeine Vorstellungen.....	110
(b) Meinungsstreit über die Anwendbarkeit und den Inhalt der Methode.....	113
(c) Stellungnahme	116
(α) Selbständige steuerrechtliche Auslegung.....	116
(β) Teleologische Auslegung	118
 3. Grenzen der Gesetzesauslegung.....	 120
 III. Sachverhaltsbeurteilung	 123
1. Funktion der Sachverhalte in der Rechtsanwendung.....	123
2. Wirtschaftliche Vorgänge bzw. Zustände als Sachverhalte im Steuerrecht.....	124
3. Rechtliche Beurteilung des Sachverhalts	126
1) Eine der Subsumtion vorausgehende Tätigkeit	126
2) Keine bloße Tatsachenfeststellung, sondern eine rechtliche Bewertung einer Tatsachen	127
3) Methoden (Kriterien) der Sachverhaltsbeurteilung.....	128

4. Grenzen der Sachverhaltsbeurteilung	130
1) Keine Berücksichtigung einer zusammenhanglosen Tatsache ..	130
2) Keine Sachverhaltsfiktion	131
IV. Möglichkeit, die Steuerumgehung durch die "normale" Rechtsanwendung zu verhindern	132
1. Meinungsstreit	132
2. Stellungnahme	135
(α) <i>Verhinderungsmöglichkeit der Steuerumgehung durch die</i> <i>"normale" Rechtsanwendungsmethode der umgangenen Norm</i>	135
(β) <i>Selbständige Auslegung bzw. Beurteilung der zivilrechtlich</i> <i>vorgeprägten Begriffe (Gestaltungsformen)</i>	141
(χ) <i>Ausdehnende Rechtsanwendung für die Verhinderung der</i> <i>Steuerumgehung in Form der Tatbestandsvermeidung und</i> <i>einschränkende Rechtsanwendung für die Verhinderung der</i> <i>Steuerumgehung in Form der Tatbestandserschleichung</i>	143
(δ) <i>Beispiele</i>	144
C. VERHINDERUNG DER STEUERUMGEHUNG DURCH DIE RECHTSFORTBILDUNG DER NORM	151
I. Allgemeines	151
1. Rechtsfortbildung als Rechtsanwendung jenseits der Grenze der normalen Rechtsanwendung	151
2. Gesetzeslücke als Voraussetzung der Rechtsfortbildung	153
1) Begriff der Gesetzeslücke	153
a) Gesetzeslücke im engeren Sinne	153
b) Gesetzeslücke im weiteren Sinne	156
2) Arten der Gesetzeslücken	157
3. Methoden der Lückenausfüllung	160
1) Gesetzesimmanente Rechtsfortbildung	160
2) Gesetzesübersteigende Rechtsfortbildung	165
II. Zulässigkeit der Rechtsfortbildung im Steuerrecht	166

1. Problemdarstellung	166
2. Meinungsstand in der Literatur	167
1) Verneinende Meinung	168
2) Bejahende Meinung	172
3. Meinungsstand in der Rechtsprechung	175
1) Bundesfinanzhof	175
2) Bundesverfassungsgericht	177
4. Stellungnahme	182
(α) <i>Verfassungsrechtliche Prinzipien als Argument für das Verbot der Rechtsfortbildung im Steuerrecht</i>	182
(β) <i>Besonderheiten der steuerrechtlichen Rechtsanwendung</i>	183
(χ) <i>Positive Begründungen der Zulässigkeit der Rechtsfortbildung im Steuerrecht</i>	186
III. Grenzen der (gesetzesimmanenten) Rechtsfortbildung	187
IV. Möglichkeit, die Steuerumgehung durch Rechtsfortbildung zu verhindern	188
1. Meinungsstreit	188
2. Stellungnahme	191
(α) <i>Verhinderungsmöglichkeit der Steuerumgehung durch die Rechtsfortbildung der umgangenen Norm</i>	191
(β) <i>Teleologie der umgangenen Norm</i>	195
(χ) <i>Bildung der Grenzen der Steuerumgehung</i>	196
(δ) <i>Analogie bzw. teleologische Extension für die Steuerumgehung in Form der Tatbestandsvermeidung und teleologische Reduktion für die Steuerumgehung in Form der Tatbestandserschleichung</i>	197

TEIL 4: Verhinderung der Steuerumgehung durch gesetzliche Sonderregelungen	200
A. VORBEMERKUNGEN	200
B. VERHINDERUNG DER STEUERUMGEHUNG DURCH DIE GESETZLICHE SONDERREGELUNG IN FORM EINER SOG. GENERALKLAUSEL	200
I. Allgemeines	200
1. § 42 AO als Generalklausel zur Bekämpfung der Steuerumgehung	200
2. Geschichte der Generalklausel (§ 42 AO)	201
3. Rechtsdogmatische Einordnung der Generalklausel	204
1) Meinungsstreit	204
2) Stellungnahme	207
<i>(a) Rechtsdogmatische Einordnung der Generalklausel (§ 42 AO) in historischer Hinsicht</i>	<i>207</i>
<i>(β) Keine Schranke der wissenschaftlichen Weiterentwicklung über die Zulässigkeit der Rechtsfortbildung im Steuerrecht</i>	<i>209</i>
<i>(χ) § 42 AO als eine allgemeine Deklarationsvorschrift: Der Umgehungsversuch sei bei der Rechtsanwendung inakzeptabel</i>	<i>209</i>
II. Tatbestand	210
1. Gestaltungsmöglichkeiten des Rechts	210
2. Mißbrauch der Gestaltungsmöglichkeiten	214
1) Bedeutung und Kriterien des Begriffs „Mißbrauch“	214
a) Gesetzliche Definition des Begriffs „Mißbrauch“ und ihr Scheitern	214
b) Meinungsstreit	216
c) Stellungnahme	219
<i>(a) Theoretische Quelle der gesetzlichen Formulierung: „Durch Mißbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten des Rechts kann das Steuergesetz nicht umgangen werden“</i>	<i>219</i>

(β) Rolle des Begriffs „Mißbrauch“ als materielle Begründung der Nichtanerkennung der Gestaltungsfreiheit des Steuerpflichtigen bei der Steuerumgehung	220
(χ) Ausnutzung der Diskrepanz zwischen Wortlaut und Sinn und Zweck der umgangenen Norm	221
2) Umgehungsabsicht	223
a) Meinungsstreit.....	223
b) Stellungnahme.....	226
3. Umgehung des Steuergesetzes.....	228
III. Nachweis der Tatbestände; insbesondere die sogenannte Indizientheorie.....	229
IV. Rechtsfolge	230
C. VERHINDERUNG DER STEUERUMGEHUNG DURCH DIE GESETZLICHE SONDERREGELUNG IN FORM EINER SPEZIALKLAUSEL.....	231
I. Allgemeines.....	231
II. Verschiedene Hintergründe der Gesetzgebung für Spezialklauseln	232
1. Spezialklausel als Folge einer „sorgfältigen“ Gesetzgebung	232
2. Spezialklausel als Gegenreaktion des Steuergesetzgebers auf die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs	234
3. Spezialklausel als die gesetzliche Wiedergabe der Rechtsprechung	237
4. Außensteuergesetz	238
III. Rolle der Spezialklauseln bei der Verhinderung der Steuerumgehung.....	240
1. "Positive Rolle"	240

2. "Negative Seiten"	241
IV. Verhältnis der Spezialklauseln zu anderen Verhinderungsmethoden	242
1. Problemdarstellung	242
2. Meinungsstreit	242
3. Stellungnahme	245
(α) Konkurrenz im Verhältnis zur umgangenen Norm	245
(β) Vorrang der Spezialklausel	245
(χ) Ergänzung der Spezialklauseln durch § 42 AO ?	247
TEIL 5: Schluß	248

Literaturverzeichnis	i-x1ii
-----------------------------------	---------------

Entscheidungsregister	a-k
------------------------------------	------------